

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5797

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5797



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Medienkonferenz vom 18. Juni 2026 des Nein-Komitees zur Ernährungsinitiative

«Initiative ist der falsche Weg»

Referat von Nationalrätin Christine Badertscher, Vizepräsidentin der Schweiz. Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (es gilt das gesprochene Wort)

Liebe Vertreterinnen und Vertreter der Medien

Als grüne Politikerin unterstütze ich das Ziel von mehr pflanzlicher Ernährung grundsätzlich. Aber nicht, wie die Ernährungsinitiative dieses erreichen will. Für mich ist sie kontraproduktiv und unrealistisch. In Bezug auf Ihre Ziele sowie ihre Fristen zur Umsetzung. Mir liegt eine nachhaltige Landwirtschaft und ein verantwortungsvoller Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen am Herzen. Die Ernährungsinitiative macht diesbezüglich grosse Versprechen: mehr Nachhaltigkeit, weniger Umweltbelastung und das alles auch noch mit höherer Ernährungssicherheit. Sie verspricht aber mehr, als sie halten kann.

Um 70 Prozent Ernährungssicherheit zu erreichen, müssten wir eine neue Anbauschlacht starten und jeden Quadratmeter mehr oder weniger ackerfähiges Land für die Lebensmittelproduktion nutzen. Die Flächen im Mittelland zur Förderung der Biodiversität – wo würden sie bleiben? Als Vizepräsidentin der Schweiz. Arbeitsgemeinschaft der Berggebiete störe ich mich zudem daran, dass die Nutztierhaltung mit der Initiative generell in Frage gestellt wird. Nutztiere sind ein Bestandteil von geschlossenen Nährstoffkreisläufen und der peripheren Räume. Ohne unsere grasfressenden Kühe, Schafe oder Ziegen können wir mehr als zwei Drittel unserer Landwirtschaftsflächen, vor allem im Hügel-, Berg- und Alpgebiet, nicht für die menschliche Ernährung nutzen. Ohne Nutzung verbuschen und verwalden diese. Wertvolle und vielfältige Kulturlandschaften und damit Lebensräume für Pflanzen und Tiere gingen verloren.

Wir ändern das Essverhalten der Menschen nicht mit einem Verfassungsartikel. Eier, Milch und auch Fleisch gehören bei den meisten mehr oder weniger oft auf den Menüplan. Statt z.B. vor allem Schweizer Eier zu essen, würden die Konsumentinnen und Konsumenten vermehrt auf Importe ausweichen. Entweder im Laden selbst oder sonst über den Einkaufstourismus. Das nützt der Umwelt nichts und dem Tierwohl schadet es ganz sicher.

Die grossen Herausforderungen unserer Zeit lösen wir mit konkreten Massnahmen und vielen kleinen Schritten in die gewünschte Richtung. Ja, wir müssen Food Waste weiter reduzieren. Ja, wir müssen den Klimaschutz weiter stärken. Ja, wir müssen Böden und Wasser schützen. Ja, wir müssen die Kreislaufwirtschaft fördern. Und ja, wir müssen Anreize schaffen, damit nachhaltige Entscheidungen einfacher werden. Diese Initiative ist dafür aber kein geeignetes Rezept. Sie schreibt ein unrealistisches Ziel bezüglich Selbstversorgungsgrad in die Verfassung, erzeugt neue Zielkonflikte und richtet vor allem Schaden an.

Merci für die Aufmerksamkeit.



Medienkonferenz vom 18. Juni 2026 des Nein-Komitees zur Ernährungsinitiative

«Versorgungssicherheit stärken und nicht schwächen»

Referat von Nationalrätin Céline Amaudruz, Vizepräsidentin der SVP Schweiz (es gilt das gesprochene Wort)

Geschätzte Damen und Herren

Die vergangenen Jahre haben uns deutlich gezeigt, wie verletzlich internationale Versorgungsketten sein können. Pandemien, Kriege und geopolitische Spannungen haben uns vor Augen geführt, dass Ernährungssicherheit keine Selbstverständlichkeit ist und dass wir dazu Sorge tragen müssen. Die Ernährungsinitiative will einen Selbstversorgungsgrad von 70 Prozent. Das tönt auf die Schnelle also nach einem sinnvollen Ziel. Wie sie das Ziel erreichen will hingegen ist nicht nur fragwürdig, sondern verantwortungslos. Die Ernährungsinitiative ist eine Mogelpackung, welche vor allem die tierischen Lebensmittel im Visier hat. Sie zielt auf eine staatliche verordnete vegane Ernährung der Schweizer Bevölkerung ab. Denn nur mit einer massiven Einschränkung der Konsumfreiheit und einem Vegan-Zwang liesse sich die Forderung bezüglich Selbstversorgungsgrad erreichen.

Was sie verlangt, wäre ein tiefgreifender Umbau unserer Landwirtschaft und unseres Ernährungssystems. Da wir keine Insel sind, ist ein solches Vorgehen von vornherein zum Scheitern verurteilt - zum Schaden aller. Neue Auflagen und die geringere Verfügbarkeit würden sowohl tierische wie pflanzliche Lebensmittel aus der Schweiz verteuern. Auch das zum Schaden aller.

Versorgungssicherheit entsteht auf unseren Feldern und in unseren Ställen dank einer verlässlichen Agrar- und Ernährungspolitik. Sie entsteht dort, wo Lebensmittel verarbeitet und produziert werden. Wer die inländische Produktion und damit auch die nachgelagerten Branchen schwächt, macht die Schweiz abhängiger vom Ausland. Wer die einheimische Land- und Ernährungswirtschaft mit immer neuen Vorgaben belastet, gefährdet genau jene Betriebe, die unsere Versorgung sichern.

Der Bundesrat weist darauf hin, dass die Ziele der Initiative nur mit einschneidenden Veränderungen der Produktion erreicht werden könnten. Das ist kein Beitrag zur Ernährungssicherheit. Das ist ein Risiko für die Ernährungssicherheit. Die Schweizer Landwirtschaft gehört bereits heute zu den nachhaltigsten der Welt und sie verbessert sich stetig weiter. Unsere Bäuerinnen und Bauern produzieren unter hohen Standards und übernehmen Verantwortung für Mensch, Tier und Umwelt. Wir brauchen mehr Vertrauen in die Produzenten und weniger statt mehr staatliche Bevormundung.

Die Schweiz muss auch in Zukunft in der Lage sein, einen möglichst grossen Teil ihrer Lebensmittel selbst zu produzieren. Dafür braucht es eine starke einheimische Landwirtschaft und motivierte Bauernfamilien. Nicht unsinnige Experimente. Darum sagen wir Nein zu dieser Veganz-Zwang-Initiative.

Vielen Dank.



Medienkonferenz vom 18. Juni 2026 des Nein-Komitees zur Ernährungsinitiative

«Übertrieben, unnütz und ungerecht»

Referat von Ständerätin Franziska Roth (es gilt das gesprochene Wort)

Geschätzte Medienschaffende

Die Ernährungsinitiative verfolgt Anliegen, die auf den ersten Blick sympathisch klingen. Wer möchte nicht eine noch nachhaltigere Landwirtschaft, noch gesündere Lebensmittel und eine sichere Versorgung? Doch bei genauerem Hinsehen zeigt sich: Diese Initiative ist nicht die Lösung. Sie ist übertrieben, unnütz und letztlich sozial ungerecht.

Übertrieben, weil sie einen radikalen Umbau unseres Ernährungssystems innerhalb weniger Jahre verlangt. Der Bundesrat hält fest, dass die Ziele nur mit weitreichenden Eingriffen in Produktion und Konsum erreicht werden könnten. Es geht also nicht um kleine Korrekturen, sondern um einen fundamentalen Umbau.

Unnütz, weil viele der Anliegen bereits heute verfolgt werden. Die Schweiz verfügt über eine Agrarpolitik, die laufend weiterentwickelt wird. Wir fördern Biodiversität, Ressourcenschutz und nachhaltige Produktion. Wir brauchen dafür keinen neuen Verfassungsartikel, der neue Konflikte schafft und Erwartungen weckt, die gar nicht erfüllt werden können.

Und vor allem ist die Initiative sozial ungerecht. Wenn Lebensmittel teurer werden, trifft das nicht alle gleich. Es trifft zuerst jene Menschen, die bereits heute mit steigenden Krankenkassenprämien, höheren Wohnkosten und wachsender finanzieller Belastung kämpfen. Eine nachhaltige Ernährung darf nicht zum Privileg für Gutverdienende werden. Wer ökologische Ziele verfolgt, muss immer auch die soziale Realität der Menschen berücksichtigen. Wir wollen eine Politik, die Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit verbindet. Eine Politik, die Fortschritte ermöglicht, ohne Familienbudgets zusätzlich zu belasten. Eine Politik, die Verantwortung übernimmt, statt symbolische Forderungen in die Verfassung zu schreiben.

Deshalb lehne ich diese Initiative ab. Nicht weil wir ihre Ziele grundsätzlich infrage stellen, sondern weil wir überzeugt sind, dass man gute Ziele auch mit guten Instrumenten verfolgen muss. Die Ernährungsinitiative ist nicht das richtige Instrument. Sie ist übertrieben, unnütz und am Ende die falsche Antwort.

Vielen Dank.



Medienkonferenz vom 18. Juni 2026 des Nein-Komitees zur Ernährungsinitiative

«Staatliche Ernährungslenkung ist zum Scheitern verurteilt»

Referat von Ständerätin Petra Gössi, Präsidentin der Foederation der Schweizerischen Nahrungsmittel-Industrien (es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Schweizer Lebensmittelwirtschaft verbindet Landwirtschaft, Verarbeitung, Handel und Konsumentinnen und Konsumenten. Jeden Tag arbeiten Tausende Unternehmen daran, hochwertige, sichere und nachhaltige Lebensmittel bereitzustellen. Im Zentrum dieser Arbeit stehen die Befriedigung der Nachfrage und die stetige Verbesserung durch Innovation und Weiterentwicklung. Deshalb lehnen wir die Ernährungsinitiative ab.

Der Bundesrat kommt in seiner Botschaft zum Schluss, dass die Ziele der Initiative nur mit weitreichenden Eingriffen in Produktion und Konsum erreicht werden könnten. Damit würde der Staat zunehmend bestimmen, wie Lebensmittel produziert und angeboten werden und wie sich diese zukunftstauglich weiterentwickeln. Das ist nicht der Weg, der die Schweiz stark gemacht hat. Die Initiative setzt also auf staatliche Lenkung und neue gesetzliche Vorgaben in allen Bereichen der Land- und Ernährungswirtschaft, des Konsum und Handels. Wir setzen auf Innovation, Markt und Eigenverantwortung. Deshalb lehnen wir die Ernährungsinitiative ab.

Zudem wäre es nicht mit neuen Vorgaben für die inländische Ernährungswirtschaft gemacht. Eine wirksame Umsetzung bedingte massive Einschränkungen im Handel und Verkauf. Damit ist sie auch handelspolitisch riskant und würde unsere bi- und multilateralen Abmachungen in Frage stellen. Ausser Spesen nichts gewesen. So kann man die Folgen zusammenfassen.

Unsere Unternehmen investieren laufend in ressourcenschonende Verfahren, neue Technologien und innovative Produkte. Sie reduzieren Emissionen, verbessern die Kreislaufwirtschaft und entwickeln Lösungen für die Herausforderungen der Zukunft. Diese Dynamik entsteht nicht durch staatliche Vorgaben. Sie entsteht durch Forschung, Unternehmertum und Wettbewerb. Die Initiative droht nicht nur diese Dynamik zu bremsen, sie schafft auch neue Unsicherheiten, neue Regulierungen und neue Eingriffe in funktionierende Märkte. Viele der in den letzten Jahren gemachten Investitionen – z.B. in Schlachthöfe – würden mit der Annahme der Initiative faktisch wertlos. Eine staatliche Ernährungslenkung ist zum Scheitern verurteilt. Sie schadet damit nicht nur den Unternehmen, sondern schlussendlich auch den Konsumentinnen und Konsumenten.

Wir brauchen eine Politik, die Fortschritt ermöglicht statt dirigiert. Eine Politik, die den Konsumentinnen und Konsumenten die Freiheit lässt, selbst zu entscheiden, was sie essen. Eine Politik, die auf Verantwortung der Menschen und ihre Veränderungsbereitschaft vertraut. Darum sagt die fial und ich als FDP-Vertreterin Nein zur Ernährungsinitiative.

Vielen Dank.



Medienkonferenz vom 18. Juni 2026 des Nein-Komitees zur Ernährungsinitiative

Referat von Beat Imhof, Präsident GASTROSUISSE (es gilt das gesprochene Wort)

Meine Damen und Herren,

Lassen Sie mich mit einem einfachen Bild beginnen. Eine 14-köpfige Verwandtschaft feiert in einem Restaurant einen Geburtstag. Drei Generationen sitzen am Tisch. Die Tante des Geburtstagskindes ist Vegetarierin. Der Cousin ernährt sich vegan. Der Onkel hat eine Glutenunverträglichkeit. Die Grossmutter freut sich seit Tagen auf ein klassisches Gericht mit Schweizer Fleisch, das sie an ihre Kindheit erinnert. Die Kinder wollen Pommes und Poulet-Nuggets. Der Vater bestellt regional. Die Mutter achtet auf den Preis. Und das Geburtstagskind selbst möchte vor allem, dass alle gemeinsam einen schönen Abend verbringen.

Vierzehn Personen, vierzehn Erwartungen, Bedürfnisse und Vorlieben. Und trotzdem findet jeder etwas, das er gerne hat. Nicht, weil der Staat vorschreibt, was auf den Teller kommt. Sondern weil sich Gastronominnen und Gastronomen an den Wünschen der Gäste ausrichten. Das ist unser Metier. Gäste willkommen heissen. Auswahl bieten. Freude bereiten. Genau das gefährdet diese Initiative. Die Initiative will den Netto-Selbstversorgungsgrad auf 70 Prozent erhöhen. Sie will dies erreichen, indem eine pflanzliche Ernährung gefördert und die Tierhaltung reduziert wird. Heute liegt der Netto-Selbstversorgungsgrad bei rund 45 Prozent. Um das Ziel der Initiative zu erreichen, müsste der Staat die Landwirtschaft massiv umbauen und den Konsum lenken. Für Restaurants hiesse das: weniger Auswahl, höhere Preise, weniger Schweizer Qualität, mehr Import.

Ein grosser Teil unserer Gäste möchte Fleisch, Käse, Eier oder andere tierische Produkte auf dem Teller. Heute stammen rund 80 Prozent des Fleischangebots aus einheimischer Produktion. Drei von vier GastroSuisse-Mitgliedern kaufen in der Regel Schweizer Fleisch. Schweizer Fleisch steht für Qualität, Nachhaltigkeit und Tierwohl. Die Initiative würde diese Schweizer Produktion verknappen. Das ist paradox: Eine Initiative, die Selbstversorgung verspricht, würde Restaurants stärker vom Ausland abhängig machen.

Sie würde auch unser kulinarisches Erbe treffen. Fondue. Raclette. Trockenfleisch. Papet vaudois. Zürcher Geschnetzeltes. Viele traditionelle Spezialitäten der Schweiz kommen ohne tierische Produkte nicht aus. Wer politisch verknappt und verteuert, greift in die Esskultur ein. Hinzu kommen die Kosten. Schon heute stehen viele Betriebe unter Druck. Die Warenkosten machen im Durchschnitt rund 27 Prozent des Umsatzes aus. Viele Restaurants können die mit der Initiative verbundene Verteuerung nicht tragen. Seit 2022 sind die steigenden Betriebskosten die grösste Sorge unserer Mitglieder. Am Ende spüren es auch die Gäste auf der Rechnung. Besonders betroffen wären Familien, Haushalte mit kleinerem Budget und Betriebe in Grenzregionen. Manche Menschen würden seltener essen gehen. Andere würden vermehrt im Ausland einkaufen oder konsumieren. Hinter jedem leer bleibenden Tisch stehen Arbeitsplätze, Ausbildungsplätze und Existenzen.

GastroSuisse begrüsst eine nachhaltige Entwicklung der Angebote. Wir finden es wichtig, dass sich die Lebensmittelbranchen weiterentwickeln. Viele Gastronominnen und Gastronomen setzen längst auf regionale Produkte, saisonale Küche und ein breiteres pflanzliches Angebot. Dieser Weg funktioniert nur, wenn er mit den Gästen und mit den Betrieben gegangen wird – nicht mit einer staatlich verordneten Speisekarte. GastroSuisse unterstützt seine Mitglieder in ihren Nachhaltigkeitsbestrebungen.

Die Ernährungsinitiative ist gut gemeint, aber gefährlich. Sie bedroht Wahlfreiheit, Regionalität, kulinarische Vielfalt, Wirtschaftlichkeit, Arbeitsplätze und Versorgungssicherheit. Deshalb sagt die Gastronomie klar Nein zu dieser Initiative.

Ich danke Ihnen.



Medienkonferenz vom 18. Juni 2026 des Nein-Komitees zur Ernährungsinitiative

Referat von Fabio Regazzi, Ständerat und Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes (es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Ernährungsinitiative betrifft weit mehr als die Landwirtschaft. Sie betrifft unsere Freiheit, unsere Regionen und die Frage, wie viel Vertrauen wir den Bürgerinnen und Bürgern entgegenbringen. Ich möchte mich heute insbesondere an jene Menschen richten, die noch unentschlossen sind. Viele teilen die Ziele der Initiative: eine nachhaltige Landwirtschaft, hohe Qualitätsstandards und einen verantwortungsvollen Umgang mit Ressourcen. Diese Ziele teile auch ich. Die Frage ist jedoch, ob diese Initiative der richtige Weg ist. Ich bin überzeugt: Nein.

Die Initiative setzt auf staatliche Lenkung statt auf Eigenverantwortung. Sie geht davon aus, dass Politik und Verwaltung besser wissen, was produziert und konsumiert werden soll. Ich halte das für einen grundsätzlichen Irrtum. In einer freien Gesellschaft sollen die Menschen selbst entscheiden können, wie sie sich ernähren möchten. Nachhaltigkeit entsteht durch Überzeugung und Innovation – nicht durch immer neue politische Vorgaben. Die Initiative betrifft zudem nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch Tausende von kleinen und mittleren Unternehmen entlang der gesamten Lebensmittelkette. Von der Verarbeitung über das lokale Gewerbe bis hin zur Gastronomie wären viele KMU mit zusätzlichen Vorgaben, Kontrollen und administrativen Belastungen konfrontiert. Gerade in wirtschaftlich anspruchsvollen Zeiten sollten wir unsere Betriebe stärken, statt sie mit neuer Bürokratie zu belasten.

Besonders problematisch ist die Initiative für die Berg- und Randregionen unseres Landes, insbesondere für das Tessin. Viele landwirtschaftliche Flächen im Tessin sind steil und für den Ackerbau ungeeignet. Sie können nur durch Tierhaltung sinnvoll genutzt werden. Rinder, Schafe und Ziegen machen aus Gras und Weideflächen wertvolle Lebensmittel. Gleichzeitig sorgen sie dafür, dass unsere Kulturlandschaften erhalten bleiben. Ohne Beweidung würden viele dieser Flächen verbuschen und langfristig aufgegeben. Damit gingen nicht nur landwirtschaftliche Produktionsflächen verloren, sondern auch ein wichtiger Teil unserer regionalen Identität und unserer touristischen Attraktivität.

Chi indebolisce l'allevamento, indebolisce quindi anche la gestione sostenibile delle nostre regioni montane, territori che mantengono un'importanza centrale anche in questa Svizzera urbanizzata.

Hinzu kommt die Frage der Versorgungssicherheit. Die Initiative riskiert, die Produktion in der Schweiz einzuschränken, ohne dass die Nachfrage verschwindet. Die Folge wären zusätzliche Importe – häufig aus Ländern mit deutlich tieferen Umwelt- und Tierschutzstandards. Das hilft weder dem Klima noch der Nachhaltigkeit. Zudem besteht die Gefahr, dass staatliche Eingriffe in Produktion und Konsum zu höheren Kosten führen. Am Ende zahlen die Konsumentinnen und Konsumenten die Rechnung – insbesondere Familien und Menschen mit tieferen Einkommen. Dabei dürfen wir nicht vergessen: Die Schweiz verfügt bereits heute über eine der nachhaltigsten Landwirtschaften der Welt sowie über hohe Umwelt-, Tierwohl- und Qualitätsstandards. Die Fortschritte der vergangenen Jahre wurden durch Innovation, Forschung und unternehmerische Initiative erreicht – nicht durch starre staatliche Vorgaben.

Die Abstimmung ist auch eine Entscheidung zwischen Vertrauen und Misstrauen. Vertrauen wir den Bürgerinnen und Bürgern, selbst zu entscheiden, was auf ihre Teller kommt? Vertrauen wir unseren Bauernfamilien, nachhaltig zu wirtschaften? Oder setzen wir auf mehr staatliche Vorgaben?



Eines der Top-Themen des sgV ist die Bekämpfung des Nanny-Staates. Warum brauchen wir plötzlich Bevormundung für etwas, das wir bislang immer selbst gekonnt haben? Warum soll der Staat weiter ausgebaut werden auf unsere Kosten? Sind wir nicht mehr fähig, selbst zu entscheiden, was auf unseren Teller kommt? Ich bin überzeugt: Die Schweiz fährt besser mit Freiheit und Eigenverantwortung als mit neuen Einschränkungen. Deshalb bitte ich die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, die Ernährungsinitiative abzulehnen.

Herzlichen Dank.



Medienkonferenz vom 18. Juni 2026 des Nein-Komitees zur Ernährungsinitiative

«Ernährungssicherheit stärken, heisst Bauernfamilien stärken»

Referat von Nationalrat Markus Ritter, Präsident Schweizer Bauernverband (es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Medienschaffende

Wenn wir über Ernährungspolitik sprechen, sprechen wir nicht über abstrakte Modelle und auch nicht über Wunschvorstellungen. Wir reden über Menschen. Wir reden über Bauernfamilien, die jeden Tag aufstehen, um Lebensmittel für die Bevölkerung zu produzieren. Und dabei das produzieren, was die Bevölkerung mit ihrem Einkauf bestellt. Über Bauernfamilien, die investieren, Verantwortung übernehmen und langfristig planen müssen. Die Initianten wollen das Ernährungssystem nicht nur komplett auf den Kopf stellen – das bestätigt ja auch der Bericht des Bundesrats – sondern das Ganze auch innerhalb von 10 Jahren umsetzen. Kein Stall ist in 10 Jahren amortisiert. Viele Betriebe haben in den vergangenen Jahren Millionenbeträge investiert – in Infrastruktur, Tierwohlprogramme und nachhaltige Produktionsmethoden.

Das Ziel von 70 Prozent Selbstversorgungsgrad und die Vorstellung, wie das erreicht werden soll, sind reine Utopie. Ebenso, dass der Bund die Anpassungen der landwirtschaftlichen Produktion sozialverträglich ausgestaltet und die Bauernbetriebe finanziell in einem solchen Ausmass zusätzlich unterstützt. Wie wir alle wissen, versucht er vielmehr bereits heute zu sparen und nimmt dabei auch die Landwirtschaft ins Visier. Die Realität wäre – das haben auch meine Vorrednerinnen schon gesagt: Wir schwächen die einheimische Land- und Ernährungswirtschaft fundamental und damit auch die Versorgungssicherheit. Wir schwächen nicht nur die für den Schweizer Standort und speziell auch das Hügel-, Berg- und Alpgebiet wichtige Tierhaltung, sondern mit neuen Auflagen wie samenfestem Saatgut, auch den Pflanzenbau. Wir verteuern unsere Schweizer Lebensmittel. Und wir kurbeln die Importe zumindest in Form des Einkaufstourismus und dem Restaurantbesuch ennet der Grenze an. Viele Bauernbetriebe und Arbeitsplätze in der Schweiz würden verloren gehen.

Die Initiative ist zudem alter Wein in neuen Schläuchen und damit eine Zwängerei. Die Initiantin Franziska Herren reichte mit der Trinkwasserinitiative bereits ein ähnliches Begehren ein. Das Stimmvolk lehnte dieses mit über 60 Prozent Nein ab. Sie anerkennt offenbar nicht, dass zahlreiche Arbeiten auf allen Ebenen bereits laufen, um die Nachhaltigkeit der Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft weiter zu verbessern. Diesen Weg wollen wir weitergehen. Mit gesundem Menschenverstand und Realismus. Wer Ernährungssicherheit will, muss die Menschen stärken, die täglich für unsere Ernährung sorgen. Deshalb sagen wir Nein zu dieser Vegan-Zwang-Initiative. Für eine starke Landwirtschaft. Für eine sichere Versorgung. Und für einen realistischen Weg in die Zukunft.

Vielen Dank.